

Auf den Bürger kommt es an. Leitlinien liberaler Kommunalpolitik

Beschlossen von der 29. Bundesdelegiertenversammlung
am 18. und 19. Oktober 2013 in Berlin.

„Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat
und das Wichtigste in der Gemeinde
sind die Bürger.“
Theodor Heuss

- A) Liberale Werte als Maßstab politischen Handelns
 - I. Die Freiheit der Bürger heißt Verantwortung
 - II. Der Bürger ist Träger und Motor der Demokratie

- B) Liberale Prinzipien in ausgewählten Handlungsfeldern der politischen Praxis
 - 1. Politische Freiheit nutzen – Bürgerbeteiligung in der Kommune stärken
 - 2. Zur Freiheit ertüchtigen – Mehr Chancen durch Bildungspartnerschaft
 - 3. In Vielfalt leben – Zusammenhalt durch Integration vor Ort
 - 4. Zukunftsenergien sichern – Umweltschutz für und mit den Bürgern
 - 5. Den Menschen vertrauen – Die Wirtschaft stärken
 - 6. Kommunale Autonomie gewinnen – Gemeindefinanzierung neu ordnen
 - 7. Quellen der Inspiration ausbauen – Kultur ist Zukunft

- C) Liberale übernehmen Verantwortung – Kompetenz für den Wert der Freiheit

A.) Liberale Werte als Maßstab politischen Handelns

Liberaler Politik gründet in Deutschland auf eine über 180-jährige erfolgreiche Tradition. Die Bedeutung des Liberalismus für die modernen Errungenschaften unserer Gesellschaft wie die Durchsetzung von Bürgerrechten und Selbstbestimmung, die gesellschaftspolitische und demokratische Teilhabe, die Soziale Marktwirtschaft als Verantwortungswirtschaft mit der Ordnungsfunktion eines starken Staates und der Ausbau von Nutzungskompetenzen von Freiheit durch Bildung gerät dabei leider oft in Vergessenheit.

Der Liberalismus als politische Kraft verbürgt gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand. Er steht auf einem breiten theoretischen Fundament und in seiner praktischen Anwendung sind Erfolge vielfach belegt. Aufgabe liberaler Politik ist es, die Freiheitsräume des Einzelnen zu erweitern und durch einen Ordnungsrahmen zu sichern. Die liberale Idee bedeutet Chancenerweiterung für die größtmögliche Zahl von Menschen.

Liberaler stellen den Wert der individuellen Freiheit in den Mittelpunkt ihres politischen Bemühens: Privat ist privat! Der Wert dieser individuellen Freiheit hat Priorität, weil „die Gewährleistung der Freiheit Zweck des Staates ist“ (Hans-Jürgen Papier). Eine an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität orientierte Politik ist eben auch in nicht demokratischen Gesellschaften denkbar. Demgegenüber gehören Freiheit der Bürger und eine rechtsstaatliche, demokratische Ordnung zusammen, weil nur die Demokratie politisch mündige Bürger voraussetzt und ertragen kann. Freiheitsorientierte Politik muss staatliche Aktivitäten darauf beschränken, den Ordnungsrahmen für das Streben nach individueller Freiheit ohne Schaden für Dritte zu sichern.

Daher müssen alle Einschränkungen der privaten Lebensführung in örtlichen Satzungen besonders sorgfältig begründet werden. Die Regelungsdichte in der Kommune muss überschaubar bleiben. Liberale werden immer mal wieder die örtlichen Satzungen durchsehen, ob noch alles gebraucht wird. Bei neuen Satzungen sollte, wenn immer möglich, die zeitliche Gültigkeit beschränkt werden.

Liberaler Kommunalpolitik setzt auf die Kraft und die Verantwortung des Einzelnen, aber auch auf die Freiheit gemeinschaftlicher Initiative in der Gesellschaft. So unterschiedlich die Kommunen in Deutschland sind, so allgemeingültig sind die Prinzipien liberaler Politik vor Ort: Individuelle Verantwortung, Gleichheit aller Bürger, Bürgerbeteiligung, Selbstorganisation, Toleranz, Integration und kulturelle Vielfalt bestimmen innerhalb eines demokratisch zu verantwortenden Ordnungsrahmens liberales Handeln in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Und Liberale wissen, dass in einer Gesellschaft von Individuen soziale Unterschiede der Preis der Freiheit sind. In der Gesellschaft sind wir als Bürger vor dem Recht gleich, aber ungleich in unserem Leistungsvermögen.

Wer die Freiheit des Einzelnen wertschätzt, wird sie dem Gegenüber nicht beschneiden wollen, weil er das für seine eigene Freiheit ebenfalls nicht wünscht. Dort aber, wo Perversionstendenzen für die Ziele der liberalen Gesellschaft drohen, muss ein starker Staat gezielt gegensteuern. Freiheitsorientierte Politik bedarf der staatlichen Aktivität für die Konstruktion und Durchsetzung eines transparenten Ordnungsrahmens mittels des Rechts, der das Streben nach individueller Freiheit sichert, gleichzeitig aber Machtmissbrauch, Schaden für

Dritte einschließlich der Umwelt und/oder für nachfolgende Generationen weitgehend ausschließt. Liberale Politik ist in diesem Sinne stets ethisch-moralisch motiviertes Handeln.

I. Die Freiheit der Bürger heißt Verantwortung

Libérale Politik orientiert sich am Leitbild des „mündigen Bürgers“, der Verantwortung für sich und andere übernimmt. Bei der Vermehrung von Lebenschancen fördern Liberale die freiwillige Selbstorganisation und das ehrenamtliche Engagement der Bürger, weil „Freiheit die Verantwortung des Erwachsenen ist“ (Joachim Gauck). Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft seiner Bürger macht eine Gesellschaft solidarisch, stark und lebenswert. Freiheit heißt Selbstverpflichtung, nicht Beliebigkeit; Freiheit heißt Wahrnehmung von Rechten und Pflichten durch jede erwachsene Person. „Verantwortung ist die Moral der Freiheit“ (Hans-Dietrich Genscher).

Die Bürgergesellschaft entsteht in den Städten, Gemeinden und Kreisen durch das Miteinander und Füreinander der Bürger. Denn Freiheit als zivilisierter Zustand ist nicht einfach da, sondern muss durch aktives Bemühen aufgeklärter Menschen geschaffen und lebendig gehalten werden. Vom Einsatz ehrenamtlich und gemeinnützig tätiger Menschen leben Gemeinschaften und Kommunen. Ohne sie wäre unser Land ärmer und kälter. Freiheitstreiber in der Bürgergesellschaft sind: Vereine, Bürgerinitiativen, Genossenschaften, politische Parteien, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften, Selbsthilfeorganisationen, Stiftungen und andere freiwillige Kooperationen. Engagement, Beziehungen, soziale Kontakte sind die eigentlichen Sinnstifter menschlichen Handelns. Denn viele Studien zeigen: Wer sich freiwillig für andere engagiert, verschafft sich nicht nur für den Moment gute Gefühle, sondern steigert auch langfristig seine Lebenszufriedenheit. Dort, wo die Bürger ihre Angelegenheiten weitgehend und unbehelligt von staatlicher Bevormundung selbst regeln, herrschen Freiheit in Verantwortung, Wohlbefinden und Wohlstandsmehrung. Die große Herausforderung für die Bürgergesellschaft ist der demografische Wandel. Die Liberalen sehen sowohl die Chancen als auch die Risiken. Ältere und jüngere Menschen müssen in einen Generationendialog eintreten, denn jede Seite kann von der anderen lernen und profitieren.

Libérale Kommunalpolitik will dieses private Engagement und die Selbstorganisation der Bürger nicht durch staatliches Handeln behindern oder gar verdrängen, sondern uneingeschränkt ermutigen und fördern. Solidarität ist für Liberale zunächst und zuallererst eine zwischenmenschliche Selbstverständlichkeit. Wo immer Menschen in verantworteter Freiheit tätig werden, finden diese bei liberalen Politikern Partner.

Dort, wo die Kommune subsidiär selbst politisch handeln muss, darf ihr Tun nicht zur fürsorglichen Entmündigung führen, die Bedürftige durch immer neue Hilfsleistungen in staatlicher Abhängigkeit hält. Vielmehr ist nach dem Grundsatz „Fordern und Fördern“ zu verfahren, das heißt Hilfe ist an individuelle Anstrengungen für den Aufbau von Kompetenzen und Fertigkeiten zur Selbsthilfe gebunden. Staatlich ruhiggestellte Almosenempfänger widersprechen dem Leitbild eines selbst- und verantwortungsbewussten Bürgers. Eine Befreiung von der Last der Freiheit durch Unterwerfung unter den abhängig machenden fürsorglichen Sozialstaat ist würdelos.

II. Der Bürger ist Träger und Motor der Demokratie

Probleme, die die Bürger nicht selbst oder in bürgergesellschaftlicher Selbstorganisation lösen können, zum Beispiel Fragen der Daseinsvorsorge, der Infrastruktur, der Stadt- oder Gemeindeentwicklung, des Arbeitsmarktes, der Bildung oder der Integration, bearbeiten die Bürger auf der Ebene der kommunalpolitischen, demokratischen Auseinandersetzung.

Die aktiven, an der Gestaltung des öffentlichen Lebens interessierten Bürger sind in idealtypischer Weise das wahre Wesen der Demokratie. Demokratie lebt vom offenen und öffentlichen Diskurs und vom selbstorganisierten Engagement der Bürger in Parteien und/oder einer Vielzahl von Bürgerinitiativen und Interessengruppen. So wichtig die Unterstützung von Initiativen und von sozialen Bewegungen auch ist, sie können das notwendige Bürgerengagement in politischen Parteien aber nicht ersetzen.

Politische Parteien sind in der repräsentativen Demokratie notwendig, weil keine ihrer Alternativen ein vergleichbar großes Potenzial bietet, ein Programm zu artikulieren, das sich am Allgemeinwohl aller orientiert und das Ziel der politischen Gleichheit und Teilhabe durchsetzt. Und wer gewählt ist, der ist dann auch legitimiert, zu entscheiden. Verantwortung ist hier personifiziert, hat ein Gesicht. Eine organisierte Verantwortungslosigkeit oder eine unpersönliche Entscheidungsinstanz ist im Rahmen demokratischer Spielregeln kaum möglich. Liberale Prinzipien in ausgewählten Handlungsfeldern der politischen Praxis

B.) Liberale Prinzipien in ausgewählten Handlungsfeldern der politischen Praxis

Die Potenziale und Herausforderungen der kommunalen und regionalen Ebene bestimmen die Entwicklungsperspektiven unserer Gesellschaft. Den Chancen der wirtschaftlichen Dynamik, kulturellen Innovationen und des technischen Fortschritts stehen soziale, ökonomische und ökologische Herausforderungen gegenüber. Hier beweist sich die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und die Wirkungsweise liberaler Politikansätze. Für folgende zentrale Politikfelder liberaler Kommunalpolitik werden programmatische Impulse gesetzt:

1. Bürgerbeteiligung
2. Bildung
3. Integration
4. Energie und Umwelt
5. Wirtschaft und Wettbewerb
6. Gemeindefinanzierung
7. Kultur

1. Politische Freiheit nutzen – Bürgerbeteiligung in der Kommune stärken

Die Demokratie, die Teilhabe am politischen Prozess auf allen Ebenen lebt vom Mitmachen. Es wurde bereits ausgeführt, dass Freiheit stets mit der Verantwortungsübernahme für andere verbunden ist und ehrenamtliches Engagement ein Kernbestandteil liberaler Kommunalpolitik ist.

Gelebter Bürgersinn begünstigt langfristige Interessen und Bindungen. Er fördert kulturelle Vielfalt, Fairness und Vertrauen. Freiwillige Leistungen und Unterstützungen wie etwa bei privaten Initiativen zur Kinderbetreuung und Armenunterstützung („Tafelprojekten“), in Jugendeinrichtungen, in Integrationsprojekten oder bei der Förderung des Behindertensports berechtigen zu echtem Bürgerstolz. Die ehrenamtliche Beteiligung der Bürger verdient öffentliche Anerkennung, was ansteckend für andere Menschen wirkt. Und doch werden dieses Engagement und die gemeinwohlorientierte Kraft der Gesellschaft in Deutschland noch immer systematisch unterschätzt, bürokratisiert und damit im Ergebnis häufig an den Rand gedrängt. Freiheitsorientierte Politik weiß um den Wert des bürgerschaftlichen Engagements. Bei Liberalen finden Engagierte Wertschätzung und Unterstützung. Dies gilt für steuerrechtliche (Ehrenamtspauschale) und haftungsrechtliche Maßnahmen, genauso wie für neue Förderideen, wie zum Beispiel die „Zeitspende“.

Denn nicht der „Wutbürger“ gibt dem Leben in der Kommune die richtigen Impulse, sondern eine Gemeinschaft von kooperierenden Bürgern, die gemeinsame Interessen in gegenseitigem Einvernehmen umsetzen.

Liberaler Kommunalpolitik ist stets offen für neue Wege im Dialog mit den Bürgern und verschließt sich nicht der direkten Bürgerbeteiligung wie der Öffentlichkeit der Ausschuss- und Beiratssitzungen mit Bürgerfragestunde, regelmäßigen Bürgerversammlungen und Bürgerbegehren. Die Durchschaubarkeit der Kommunalpolitik soll durch den Einsatz von Internet und modernen Kommunikationsmedien transparenter werden. Als Partei des Bürgers wollen Liberale selbst neue Wege der innerparteilichen Verständigung, Beratung und Veränderung gehen. Internetbasierte Dialog- und Informationsplattformen liefern den Bürgern dabei Anreize, sich einzumischen, bei der Arbeit zur langfristigen Entwicklung der Gemeinde mitzuwirken (Bauleitplanung, Sicherung/Ausbau der Infrastruktur und der Versorgungsleistungen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, Energiesicherung und andere) oder liberale Politikentwürfe im kulturellen, sozialen, sportlichen oder im schulischen Bereich zu beurteilen.

Die Legitimität und Akzeptanz politischer Entscheidungen gewinnen durch faire und transparente Verfahren, die die Beteiligung an der Willensbildung vieler offen einfordern. Das kann die gesellschaftliche Wertschätzung für unser Gemeinwesen verbessern und die Berührungängste zwischen den Menschen und den politisch Handelnden auf der kommunalen Ebene abbauen. Den gewählten Mitgliedern in den Entscheidungsgremien der Städte, Gemeinden und Kreise kommt die Rolle zu, ihre Aufgabe im Interessenausgleich selbstbewusst wahrzunehmen. Ihr Handeln sichert die Kontinuität und Stabilität des demokratisch verantworteten Gestaltungswillens, wo Bürgerinitiativen vielfach nur punktuell orientierte Gruppeninteressen artikulieren.

Libérale Kommunalpolitik wirbt durch Sachargumente im Wettbewerb der guten Lösungen um die Zustimmung der Bürger. Sie will ihre Verantwortung fördern, wie zum Beispiel durch mehr Einflussnahme auf die Wahl zum Gemeinderat mittels des Systems des Kumulierens und Panaschierens oder durch die Abschaffung von Sperrklauseln in kommunalen Wahlgesetzen. Liberale verstehen sich als Anwalt einer Bürgerdemokratie und wollen – wo immer möglich – die Hintergründe und Entscheidungsmotive dem Bürger zugänglich machen, bevor die endgültige Entscheidung getroffen wird.

Libérale Politik, die den Bürger in der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt und den Bürgern etwas zutraut, ist offen für Partizipation und Verantwortung auf allen Ebenen, Transparenz, Kontrolle und Begrenzung von Macht sowie eine am Gemeinwohl orientierte Rechenschaftspflicht politischer Repräsentanten. Diesen Prinzipien sieht sich liberale Kommunalpolitik als Selbstorganisation verantwortungsbewusster Bürger verpflichtet.

2. Zur Freiheit ertüchtigen – Mehr Chancen durch Bildungspartnerschaft

Bildung ebnet nicht nur jedem einzelnen Bürger den Weg in ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sondern schafft auch für die Kommune die Basis einer zukunftsorientierten Entwicklung. Fähigkeiten, Fertigkeiten und neue Ideen können sich umso dynamischer entwickeln, je höher das Bildungsniveau in der kommunalen Gemeinschaft ist. Frühkindliche Erziehung und Betreuung, Hortbetreuung in den Schulferien, Einrichtung von Ganztagschulen und individuelle Betreuung in den Schulen sind ebenso kommunale Themen wie Finanzierung der Schulkosten, die Kosten für Meisterausbildung und die Kosten kultureller oder sportlicher Angebote. Liberale setzen sich dafür ein, dass Bildung als Bürgerrecht, unabhängig vom sozialen Hintergrund, jedem Menschen offensteht.

Der Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder verbessert nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und vermindert Diskriminierungsgefahren von Familien mit Kindern, sondern ist gleichzeitig für Liberale ein Mehr an Freiheitschancen. Wie in anderen kommunalpolitischen Bereichen setzt liberale Bildungspolitik auf größtmögliche Autonomie und Selbstbestimmung der Bürger.

Die verfassungsrechtliche Verankerung der Schulpflicht greift zwar nicht ohne Grund in das Selbstbestimmungsrecht der Familie ein, bedeutet jedoch nicht, den Schülern und deren Eltern die Bildungsentscheidungen aus der Hand zu nehmen. Um bei dem Bildungserfolg die individuelle Begabung und die persönlichen Interessen der Schüler und Auszubildenden zu fördern, zielt liberale Politik auf eine professionelle Betreuung in Kindergärten und Kindertagesstätten. Deshalb ist es wichtig, Schülern und Eltern bei der Wahl von Schule und Bildungsformat größtmögliche Freiräume und Wahloptionen zu gewähren (zum Beispiel gymnasiale Oberstufen, offene Ganztagschule).

Libérale Kommunalpolitik richtet ihr gesetzliches Mandat im Bildungsbereich an den Bildungsbedürfnissen ihrer Bürger aus, sorgt für professionelle Beratung (zum Beispiel über Fördermöglichkeiten für Begabte) und schafft eine schulische Infrastruktur, die Vielfalt schafft und erhält und eine Einheitsschule ablehnt. Sie muss Bedingungen setzen, die Schülern und Auszubildenden die Aneignung von Wissen und die Wahl der richtigen Bildungsschwerpunkte

erleichtern. Hierzu gehören zum Beispiel ein Budgetrecht für Schulen, eine schriftliche Fixierung des eigenen Selbstverständnisses je Bildungseinrichtung, eine landesübergreifende Festlegung gemeinsamer Bildungsstandards, Leistungswettbewerb mittels Bildungsgutscheinen und die Ergänzung von öffentlichen Bildungseinrichtungen durch Initiativen privater Bildungsangebote. Hierbei ist Eltern-Engagement ebenso notwendig wie professionelle Beratung durch sachkundige Bürger.

Libérale Kommunalpolitik kann hier die Plattform für eine Bildungspartnerschaft zwischen Bildungseinrichtungen, Wirtschaft und Gesellschaft, zum Beispiel bei der Vermittlung von schulbegleitenden Betriebspraktika oder Mentoren beim Einstieg in die Berufsausbildung, bieten. Individuelle Anstrengungen wie privates Bildungssparen oder berufliche Weiterbildung sollen staatlich gefördert werden.

Lehrkräfte und Erzieher, Schulen und Kindergärten sollten sich als Dienstleister gegenüber den Bürgern der Kommune mit ihren individuellen Bildungsbedürfnissen begreifen und Anreize haben, die kommunalen Bildungsmittel im Sinne der Bürger so wirksam wie möglich zu verwenden.

Libérale Bildungspolitik legt gegenüber den Bürgern durch jährliche kommunale Bildungsberichte Rechenschaft über das Erreichte ab. Bildung und Bildungsberatung mit transparenten Zielen und Angeboten fördern die Entwicklungsperspektiven von Bürgern und Kommune. So praktizierte Transparenz fördert das Vertrauen der Bürger in die kommunalen Bildungsanstrengungen.

3. In Vielfalt leben – Zusammenhalt durch Integration vor Ort

Vielfalt macht unsere Gesellschaft reich. Die Menschen sind unterschiedlich, aber gleichberechtigt. Die Wertschätzung für die unterschiedlichen Talente, neue Ideen, Erfahrungen, Lebensleistungen und Lebensentwürfe fördert das Miteinander und damit die Lebensqualität vor Ort. Vielfalt fördert kreative Prozesse und Wahlmöglichkeiten.

Ebenso wie der wirtschaftliche und kulturelle Austausch in einer arbeitsteiligen, globalisierten Welt zu einer Bereicherung des Lebens führt, liegt auch in der Migration von Menschen zwischen den Nationalstaaten enormes Wohlstandspotenzial. Doch jahrzehntelange Erfahrungen haben gezeigt, dass Integration gerade auf kommunaler Ebene kein Selbstläufer ist und die Möglichkeiten der Integration nicht automatisch zum Erfolg führen. Fehlt Zuwanderern und Einheimischen ein gemeinsames Verständnis für die jeweiligen Lebensverhältnisse, gesellschaftliche Akzeptanz von gemeinsamen Werten und Repräsentation in Entscheidungsprozessen, sind negative Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie für die ökonomischen und demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft vielfach unvermeidbar. Zwangsläufig zeigen sich derartige Defizite zuerst auf kommunaler Ebene, doch ist auch hier der Ort, den Problemen aus liberaler Perspektive entschlossen entgegenzutreten.

Libérale Integrationspolitik in den Kommunen zielt nicht auf Gleichmacherei, sondern auf Chancengleichheit in der pluralistischen Gesellschaft ab. Dazu gehören unter anderem der Rechtsanspruch auf Prüfung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener

Berufsqualifikationen sowie der Schutz der individuellen kulturellen Identität im Rahmen unserer liberalen Verfassungsordnung.

In allen Bereichen der Kommunalpolitik gilt es, die Hürden für Integrationswillige zu beseitigen. Die Einladung der Liberalen an alle Bürger, sich durch aktive politische Mitwirkung in die Gestaltung des Gemeinwesens einzubringen, bezieht sich ausdrücklich auch auf die Neubürger einer Gemeinde. Die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer und weitere Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger anderer Abstammung knüpft an die traditionellen Vorstellungen von Partizipation und Repräsentation der Liberalen an.

Offenheit und Akzeptanz gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund können zu einer Willkommenskultur beitragen, die durch vielfältige Aktivitäten zu einem kommunalen Imagefaktor ausbaubar ist (zum Beispiel durch jährliche Neubürger-Veranstaltungen mit einem „Markt der Möglichkeiten“). Öffentliche Dienstleistungen, Bildungs- und Beratungsangebote sowie die kommunale Wirtschaft sollten gegenüber den Herausforderungen der Integration angemessen gestaltet sein. Triebkräfte der Integration sind: Sprache, Bildung, Arbeitsplatz und politische Repräsentation.

Liberaler Kommunalpolitik arbeitet nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“. Sie gewährleistet durch (teils verpflichtende) Formen der Sprachförderung, durch politische Grundkurse über die Stellung des Bürgers in Staat und Gesellschaft sowie durch Förderung von Qualifizierung und Weiterbildung die berufliche Integration und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Ohne diese Voraussetzungen kann eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration nicht gelingen. Gerade Kommunen bieten durch ihre geografischen, kulturellen, aber auch sportlichen und wirtschaftlichen Besonderheiten einzigartige Bezugspunkte für die Ausbildung einer verbindenden lokalen Identität.

4. Zukunftsenergien sichern – Umweltschutz für Bürger und mit den Bürgern

Bei den Herausforderungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen setzen die Liberalen auf den menschlichen Erfindungsgeist und den Wettbewerb um die besten Ideen, Techniken und Wege, die den ressourcenschonenden Ausgleich der Interessen und Bedürfnisse herbeiführen helfen. Liberale sehen den Mensch als Teil der Natur, nicht als Gegner der Umwelt.

Liberales kommunales Engagement misst sich in der Umweltpolitik am Verhältnis von Aufwand und Wirkung, weil die knappen Mittel der Kommune für die Bewältigung einer Vielzahl von konkurrierenden Aufgaben in Anspruch genommen werden. Dabei gilt es, den Versuchungen symbolhafter Politik zu widerstehen. Sie verlangt den Bürgern, wie das Beispiel der Umweltzonen in den Innenstädten gezeigt hat, hohe Belastungen ab, hat aber vielfach für die Lebensqualität der Bürger nur geringe Vorteile.

Die Lösung globaler Umweltprobleme, wie zum Beispiel der Klimaschutz, ist dort in Angriff zu nehmen, wo mit den vorhandenen Mitteln das meiste erreicht werden kann. Das kann, muss aber nicht zwangsläufig auf der Ebene der Kommune geschehen. In diesem Sinne laufen

kommunale Klimaschutzmaßnahmen sehr leicht Gefahr, im Kontext nationaler und europäischer Klimaschutzinstrumente an Wirksamkeit und Effizienz einzubüßen.

Kommunaler Klimaschutz muss sich darauf konzentrieren, den Bürgern die Anpassung an die Erfordernisse der nationalen und europäischen Klimaschutzpolitik zu vermitteln und zu erleichtern. Statt die Bürger und Unternehmen mit überzogenen Klimaschutzauflagen zweifelhafter Wirkung zu überfordern, gilt es zum Beispiel im Gebäudesektor, energetische Dämmvorschriften, die aufgrund der Bausubstanz entweder wenig effizient sind oder gar unerwünschte Folgemängel (zum Beispiel Schimmelbildung) hervorrufen, zu vermeiden beziehungsweise zu beseitigen. Die Raum- und Verkehrsplanung sollten an wege- und energiesparender Mobilität ausgerichtet werden, jedoch nicht mit hohem Aufwand alle Kräfte auf einen einzigen Verkehrsträger, wie etwa die Elektromobilität, setzen.

Die Bürger brauchen ein breites Informations- und Beratungsangebot über Möglichkeiten der privaten und betrieblichen Energiekostensenkung, müssen jedoch nicht am Gängelband starrer Effizienzvorschriften gehalten werden. Kreative Ideen und Experimente der Bürger lassen sich durch Wettbewerbe und die Best-Practice-Methode für eine nachhaltige Energieversorgung der Kommune nutzen. Es gilt, ermutigende Allianzen zwischen Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Vereinen und Initiativen durch liberale Politik zu fördern.

Mittel- bis langfristiges Erfolgskriterium der kommunalen Umweltpolitik ist die Lebensqualität der Bürger und nicht das Ranking in Wettbewerben kommunaler Emsigkeit. Liberale kommunale Daseinsvorsorge richtet sich auch in der Energieversorgung an der effizienten Bereitstellung von Strom und Wärme aus.

Dezentrale Energieerzeugung ist an festzulegenden Effizienzkriterien zu orientieren. Allein die Versorgungssicherheit, wettbewerbsorientierte Preise und Umweltqualität der Energieversorgung sollen im Fokus kommunaler Aktivitäten stehen, nicht ihre fiskalische oder beschäftigungspolitische Ausbeutung für kommunale Zwecke. Eine liberal-bürgerliche Haltung ist Ausdruck sozialen und ökologischen Verantwortungsgefühl und bedarf keiner belehrenden politisch-ökologischen Glaubensmystik.

Verantwortung ist bei der kommunalen Energieversorgung nicht mit energiepolitischer Unabhängigkeit zu verwechseln. Hier muss vielmehr ein Abgleich von Nutzen-Kosten-Kalkülen auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen vorgenommen werden. Autarkiebestrebungen dagegen laufen Gefahr, den Nutzen einer arbeitsteiligen Wirtschaft den kurzfristigen Vorteilen des Trittbrettfahrers staatlicher Subventionspolitik zu opfern. Fortschrittsoffene Kommunalpolitik sieht hier über den eigenen Tellerrand hinaus, denn letztlich hat auch die einzelne Kommune nur in einer prosperierenden Volkswirtschaft langfristige Entwicklungschancen.

Liberale Kommunalpolitik kennt die Herausforderungen der Energiewende. Sie setzt sich neben einer wirtschaftlich vertretbaren, zuverlässigen Energieversorgung mittels regenerativer Energieformen auch für einen zügigen Ausbau von Hochspannungsnetzen und Speicherkapazitäten ein und fördert den Wettbewerb auf dem Strommarkt durch Umsetzung einer vollständigen eigentumsrechtlichen Trennung von Produktion, Netz und Vertrieb. Dabei sind genossenschaftlich organisierte Initiativen von besonderer Bedeutung. Als politischer

Fortschrittsakteur wollen Liberale die Nutzung moderner Fördertechnologien erhalten und ausbauen und wenden sich gegen grundsätzliche Verbote. Denn in bestimmten Regionen Deutschlands halten Experten der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft in Leipzig die Anwendung des Frackings in vorsichtigen Schritten für vertretbar.

Nachhaltigkeit, Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit, Offenheit für Bürgerimpulse und Innovations-Allianzen sowie öffentliche Debatten über beispielgebende Maßnahmen und Ideen begründen eine erfolgreiche liberale Energie- und Umweltpolitik auf der kommunalen Ebene.

5. Den Menschen vertrauen – Die Wirtschaft stärken

Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf das Vertrauen der handelnden Vertragspartner und stellt die Haftung für Fehlverhalten sicher. Im Wettbewerb um die besten Ideen und Problemlösungen bietet sie die beste Gewähr für qualitatives Wachstum und mehr Wohlstand für alle.

Keine Großorganisation oder Bürokratie kennt die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen besser als er selbst. Deshalb ist die Soziale Marktwirtschaft die demokratischste Wirtschaftsform. In ihr entscheiden nicht Politik und Verwaltung über das Angebot, das offeriert, produziert und angenommen wird, sondern der Einzelne als Verbraucher, Hersteller, Händler, Marktteilnehmer.

Die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer Gemeinde werden auch darin deutlich, inwieweit es ihr gelingt, Bürger, Politik und Unternehmen zu maßgeschneiderten Lösungen für ihre Daseinsvorsorge und andere kommunale Bedürfnisse zu animieren. Das Modell des Public-Private-Partnership kann hierbei eine Hilfe sein. Solche und andere Projekte fördern Wissen und Qualifikation, dienen gleichzeitig der Förderung der kommunalen/regionalen Wirtschaft und schaffen Freiheitsräume. Eigene kommunale Leistungen sind dabei dem Wettbewerb auszusetzen. Dies gilt auch für den Wettbewerb unter Kommunen. Dabei sind Liberale davon überzeugt, dass privatwirtschaftliches Engagement die kommunale Grundversorgung grundsätzlich effizienter gewährleisten kann. Dies gilt aber nur dort, wo es um homogene Güter geht, für die es einen Wettbewerb gibt. Für alle leistungsgebundenen Produkte (zum Beispiel Strom, Wasser, Entwässerung) gilt dies nicht per se.

Liberales kommunales Handeln plädiert bei der Grundversorgung für die marktwirtschaftliche Ordnung und verantwortete Bürgersouveränität. Einer solchen Kombination kommt in idealer Weise die genossenschaftliche Organisationsform nahe. Sie aktiviert, schafft Eigentum in Bürgerhand, fördert Partizipation und stärkt Freiheitskompetenz.

Um die Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft und des Wettbewerbs allen zugänglich zu machen, hat liberale Kommunalpolitik auf freien Marktzugang zu achten, gerade auf dem Arbeitsmarkt. Viele Kommunen haben ihre Kompetenz in der Problemlösung als Optionskommune im Umgang mit Arbeitssuchenden bewiesen. Das zeigt vorbildlich, dass Kommunen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und die Möglichkeiten der lokalen Wirtschaft besser kennen als ferne Einheiten öffentlicher Verwaltung.

Die wirtschaftliche Tätigkeit von Städten, Gemeinden und Kreisen muss sich auf die Bereiche beschränken, in denen die erforderlichen Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge nicht von privaten Anbietern mindestens gleichwertig oder sogar besser und preiswerter erbracht werden können. Für Liberale ist eine durch Steuer- und Gebührenzahler (quer-) subventionierte kommunale Konkurrenz gegenüber den insbesondere klein- und mittelständischen Unternehmen am Markt nicht akzeptabel. Kommunale Preise müssen die Wahrheit sagen. Ausschreibungen sind für Liberale ein wesentliches Element des Wettbewerbs.

Fairer Wettbewerb belebt die Gemeinde. Liberale Kommunalpolitik akzeptiert und kennt die positiven Wirkkräfte der Sozialen Marktwirtschaft. Sie führt zu besserer Leistung, besseren Produkten, neuen Arbeitsplätzen und mehr Wohlstand vor Ort. Wenn Wettbewerb ausgeschaltet und in den Markt künstlich eingegriffen wird, ist es nur eine Frage der Zeit, bis Wirtschaftswachstum und Wohlstand leiden.

6. Kommunale Autonomie gewinnen – Gemeindefinanzierung neu ordnen

Die finanzielle Leistungsfähigkeit bestimmt den Gestaltungsspielraum der kommunalen Selbstverwaltung. Die Staatsschuldenkrise und die grundgesetzliche Schuldenbremse zwingen zu Einsparungen und notwendigen Strukturreformen auch auf Ebene der Städte und Gemeinden. Eine Stärkung der kommunalen Autonomie braucht transparentere Entscheidungswege und klare Verantwortlichkeiten. Europäische Union, Bund, Länder und Gemeinden müssen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die Verwaltungsstrukturen können nach einer strengen Aufgabenkritik verschlankt werden. Dazu sollten politische Verschränkungen und Mischzuständigkeiten bereinigt werden. Dies fördert die gebotene Selbstbeschränkung staatlicher und kommunaler Ebenen und hilft, Auflagen und Vorschriften abzubauen.

Die Liberalen erteilen zentralistischen Tendenzen, etwa zur Erreichung vermeintlich „gleichwertiger Lebensverhältnisse“, eine klare Absage. Die mühsam erzielten Entflechtungen der Föderalismusreform dürfen nicht rückgängig gemacht werden. Liberale wollen die Autonomie der Kommunen, die deren Entscheidungskompetenzen stärkt und sie aus lähmenden Politikverflechtungen entfesselt

Dem demokratischen Grundsatz „von unten nach oben“ muss das Prinzip der Finanzierung der eigenen Aufgaben folgen. Die Garantie und Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung erfordert es, auch deren finanzielle Unabhängigkeit von der derzeitigen Bewilligungsbürokratie zu stärken. Aktuell ist der Handlungsspielraum vieler Kommunen durch ihre Pflichtaufgaben beschränkt. Viele Gemeinden können ihr Angebot nur noch über Kassenkredite finanzieren. Die Finanzmittel der Gemeinden stammen größtenteils aus Mechanismen des Finanzausgleichs oder aus zweckgebundenen finanziellen Unterstützungen beziehungsweise Subventionen von Ländern, Bund und der EU. Sie sind damit Bindungen und Verwendungsrichtlinien unterworfen. Eine weitere Reform der Finanzverfassung bleibt zwingend notwendig, um aufgabengerechte Finanzstrukturen auf allen politischen Ebenen zu schaffen. Kommunale Demokratie darf nicht länger zum Bittsteller degradiert werden.

Zur Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen ist eine Gemeindefinanzreform mit Abschaffung der konjunkturabhängigen und völlig unkalkulierbaren Gewerbesteuer nötig. Zum Ausgleich soll die Gewerbesteuer durch eine eigene Kommunalsteuer mit einem eigenen Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt werden. Das hilft, die Einnahmeentwicklung zu stabilisieren und mehr Sensibilität beim Umgang mit kommunalen Finanzen zu fördern. Niedrige kommunale Belastungen stärken die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Kommune.

Im Zuge der Neuordnung öffentlicher Aufgaben sollen, wo es möglich ist, Aufgaben auf die kommunale Ebene nur dann übertragen werden, wenn die strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips garantiert ist. Konnexität bedeutet: Wer eine Aufgabe überträgt, muss dafür auch deren Kosten tragen. Die Liberalen wollen dieses Prinzip im Grundgesetz verankern. Bund und Länder haben den Kommunen die Mehrbelastungen der Aufwendungen, die bei der Übertragung von Aufgaben und der Ausführung von Leistungsgesetzen entstehen, auszugleichen. Andernfalls sollten die Kommunen die Möglichkeit haben, Aufgaben an den Bund oder das Land zurückzugeben. Schließlich muss gelten: „Wer bestellt, der bezahlt!“

Dem Zuständigkeitsprinzip folgend, muss eine Kommune, die Interesse an einer politischen Maßnahme hat, diese auch selbst entscheiden, verantworten und finanzieren. Aufwand und Wirkung kommunalpolitischer Entscheidungen sind für die Bürger transparent darzustellen, weil diese nur dann in die Lage versetzt werden, verantwortungsvoll zwischen dem Wünschenswerten und dem Möglichen zu entscheiden.

Bürgernähe darf sich nicht in einem Wettlauf um Forderungen nach größeren Budgets für kommunale Projekte und Maßnahmen erschöpfen. Die Politik steht auch auf der kommunalen Ebene vor der großen Herausforderung, die schlechte Gewohnheit der Gefälligkeitspolitik zu beenden. Daher sind im finanziellen Selbstverwaltungsbereich die Kontrollmöglichkeiten der Bürger und der Bürgervertreter zu stärken. Dem Bürger sollte die Möglichkeit eröffnet werden, Schuldengrenzen für kommunale Haushalte beschließen zu können. Denn mit der Schuldenhöhe wächst die Abhängigkeit von der Finanzindustrie und sinkt die politische Selbstbestimmung. Ohne Transparenz und Bürgerbeteiligung wird die Haushaltskonsolidierung in den Gemeinden nicht gelingen.

7. Quellen der Inspiration ausbauen – Kultur ist Zukunft

Kultur ist notwendige Bedingung für die Selbstverwirklichung des Einzelnen und fördert die Ausbildung einer humanen Gesellschaft. Die Initiativen Einzelner, ihre Fantasie und Kreativität treiben die gesellschaftliche Diskussion und Emanzipation voran. Kultur stiftet Identität, trägt zu Verständnis, Respekt und Toleranz gegenüber anderen Kulturen bei und fördert Kommunikation in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist Quelle der Inspiration und der Innovation und damit Faktor der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Die FDP hat als erste Partei in der Bundesrepublik im Jahre 2007 die Kultur zum Leitthema eines Bundesparteitages gemacht und fordert unter anderem die Aufnahme des „Staatsziels Kultur“ in das Grundgesetz. Kulturpolitik wird als integrativer Bestandteil eines ganzheitlichen freiheitlichen Bildungs- und Entwicklungskonzeptes verstanden. Kulturschaffende und Liberale

setzen auf die schöpferische Kraft der Freiheit sowie auf Vielfalt. Die Freiheit zum aktiven Handeln, zum Streben nach Leistung und Entfaltung verbindet beide. Die Kunstfreiheit gegen jede Art der Zensur zu verteidigen und geistiges Eigentum durch ein starkes Urheberrecht konsequent auch im Internet zu schützen, ist Aufgabe liberaler Politik. Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements verfolgen Liberale zudem eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts.

Kunst und Kultur sind wichtige Standortfaktoren für Städte und Gemeinden. Sie stärken den Tourismus, fördern die Ansiedlung von Unternehmen und wirken ein auf die Wohnortentscheidung bei Fach- und Führungskräften.

Liberaler Kommunalpolitik ist der öffentlichen Förderung von Kunst und Kultur verpflichtet. Sie sieht in den öffentlichen und privaten Kulturausgaben zuerst Zukunftsinvestitionen. Sie setzt sich für flächendeckende kulturelle Angebote für Musik, Theater, der bildenden Kunst, des Malens und Musizierens ebenso ein wie für den Erhalt von örtlichen Museen oder Baudenkmälern. Kulturelle Ausdrucksformen wie zum Beispiel Traditionen und Bräuche sollen für nachkommende Generationen mittels eines stabilen Vereinslebens gesichert werden. Das kulturelle Erbe zu bewahren, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft wie der kommunalen Körperschaften. Um Zugangsbarrieren zu den öffentlichen Kultureinrichtungen für Schulkinder zu senken und das Interesse an kultureller Bildung zu fördern, sollte jedes Schulkind pro Jahr von der Kommune ein Gutscheineheft erhalten.

Kulturförderung legt das Fundament für Bürgerengagement. Diesen Zusammenhang zwischen Kultur und Politik formulierte Theodor Heuss mit dem Satz: „Mit Politik kann man keine Kultur machen; vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.“ Liberaler Kulturpolitik ist in Städten und Gemeinden eine große Chance.

C.) Liberale übernehmen Verantwortung – Kompetenz für den Wert der Freiheit

Liberaler Kommunalpolitik sieht sich selbstbewusst als Partner und Dienstleister der Bürger. Sie schafft Raum für bürgerschaftliche Beteiligung am Gemeinwesen. Bürgerinnen und Bürger, die sich der Möglichkeiten, aber auch der Grenzen kommunalpolitischer Aktivitäten bewusst sind und liberalen Werten bei der Bewältigung kommunaler Anliegen zur Geltung verhelfen wollen, können als politische Repräsentanten in der FDP oder anderen liberalen Organisationen mitwirken.

Dort, wo der Bürger nicht direkt entscheiden kann, hat er Anspruch auf fähige und verantwortungsbewusste Politiker. Der Ruf nach mehr direkter Demokratie stellt zudem neue Anforderungen an politische Verantwortungsträger:

Das Selbstverständnis der Kommunalpolitiker wandelt sich vom ausgabenorientierten Problemlöser zum koordinierenden, kommunikativen, kreativen Dienstleister, Motivator und Mediator. Es wird zukünftig noch mehr um das Zusammenbringen von Interessen gehen und

um die personale Fähigkeit, den Prozess moderierend zu strukturieren und Bürgerengagement vertrauensvoll zu organisieren. Die Kenntnisse über Verfahren, Methoden und Instrumente der Partizipation kennzeichnen politische Akteure als Dialogpartner, Entscheidungsträger und Verantwortliche in der Kommune.

Kommunalpolitische Mandatsträger reflektieren liberale Werte in ihrem Politikstil, sind kompetente, sachorientierte Dienstleister des Bürgers und beherrschen die kommunikativen sowie medialen Fertigkeiten der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. So sind sie in der Lage, kommunalpolitische Lösungen zu entwerfen und diese klar, glaubwürdig, offen und nachvollziehbar mit dem Bürger zu diskutieren und zu bewerten.

Verantwortlich handelnde Menschen sind in der Lage, eine lebenswerte Zukunft zu gestalten und Probleme auf allen Ebenen zu lösen. Jeder kann sich am öffentlichen Wettbewerb der Ideen und Argumente beteiligen, kann Projekte und Initiativen anschieben. Dabei hilft dem Bürger – ob aktiv oder nicht – politische Bildung. Sie bietet ihm konkrete Angebote für begründetes Urteilen und Entscheiden, befähigt zum Engagement in der Demokratie und stärkt seine Kompetenzen und Fertigkeiten. Liberale politische Bildung steht jedem Bürger offen; sie ist Freiheits- und Demokratieförderung.